



HESSISCHER LANDTAG

14. 11. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend mehr Personal für mehr Qualität in der Altenpflege

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Es gibt viel zu wenig Personal in der Altenpflege:

Es gibt immer mehr ältere Menschen in Hessen. Prognosen gehen davon aus, dass 2030 bereits mehr als 25 % das 65. Lebensjahr überschritten haben. Nicht alle werden irgendwann in ihrem Leben pflegebedürftig sein. Bei einer zunehmend hochaltrigen Bevölkerung wächst allerdings der Pflegebedarf, darüber hinaus gibt es auch jüngere Menschen, die einer Pflege bedürfen. Die Anzahl der Pflegebedürftigen wird sogar um 35 % steigen.

Damit hält die Anzahl der Pflegekräfte nicht mit. Nach einer Umfrage unter den Leistungserbringern fehlten 2014 2.500 Altenpflegekräfte in Hessen.

Nicht wenige Altenpflegekräfte verlassen ihren Beruf, weil die Arbeits- und Rahmenbedingungen in den stationären Einrichtungen, aber auch im ambulanten Sektor für sie nicht mehr tragbar sind. Sie haben ständig Überstunden zu leisten, weil die Zeit, in der sie ihre Arbeit leisten müssen, pro Schicht überhaupt nicht ausreicht. Sie arbeiten nachts alleine, manchmal für bis zu 50 bis 60 zu pflegende Personen in einem Wohnbereich. In Einrichtungen mit bis zu 150 Pflegeplätzen insgesamt wird z.B. eine examinierte Fachkraft für die Nacht eingeplant. Eine verlässliche und planbare Arbeitszeit oder aber auch Familienzeit ist nicht mehr gegeben. Pflegekräfte müssen aus der Freizeit in den Betrieb kommen, "aus dem Frei holen" ist zur gängigen Praxis geworden, um den Mangel abzu decken. Pflegekräfte können ihre gesetzlich vorgeschriebenen Pausen nicht einhalten.

Es gibt zunehmende Klagen über die Qualität der Pflege. Dies liegt aber nicht an der mangelnden Motivation und Leistungsbereitschaft der Pflegekräfte, sondern an einem gnadenlosen Zeitdruck und einer permanenten physischen sowie psychischen Überforderung.

2. Es gibt zu wenig Nachwuchs bei den Pflegekräften:

Auch wenn die Zahlen für Ausbildungsplätze erhöht wurden und mehr Auszubildende als in den Jahren zuvor den Beruf erlernen, wird dies nicht ausreichen, den Bedarf an Pflegekräften zu decken. Es ist notwendig, den Pflegeberuf attraktiv zu machen. Die geplante Generalisierung der Pflegeausbildung wird allerdings in der Altenpflege zu weiteren Problemen führen, da viele Auszubildende lieber die Kranken- oder Kinderkrankenpflegeausbildung abschließen wollen. Schließlich ist die Bezahlung in der Altenpflege zu gering. Ein weiteres Problemfeld sind die prekären Beschäftigungsverhältnisse. Da viele Kräfte nur in Teilzeit eingesetzt werden und die geringfügige Beschäftigung wächst, werden nicht wenige später mit Altersarmut zu tun haben. Arbeitsverhältnisse werden zunächst oftmals auf ein Jahr befristet. Der Grund für diese Maßnahmen ist der größere Spielraum, den Arbeitgeber für ihre Personalsteuerung beanspruchen.

Wir fordern die Landesregierung auf:

1. Die Mindestpersonalverordnung nach dem Pflegestärkungsgesetz III muss schneller als 2020 eingeführt werden. Dazu werden wissenschaftlich ermittelte und verbindliche Standards formuliert und Regelungen vereinbart, diese werden regelmäßig überprüft und Verstöße gegen die Vorschriften wirksam sanktioniert. Gewährleistet muss sein, dass keine Pflegekraft nachts alleine auf einer Station arbeitet. Der im Rahmenvertrag über die vollstationäre pflegerische Versorgung gemäß § 75 Abs. 1 SGB XI für das Land Hes-

sen festgelegte Personalschlüssel muss wirksam gesenkt werden. Eine gendergerechte, kultursensible und palliative Pflege muss in jeder Einrichtung erbracht werden.

2. Im Bundesrat eine Initiative zur Erhöhung des Pflegemindestlohns auf kurzfristig 14,50 € zu ergreifen.
3. Im Bundesrat eine Initiative für eine solidarische Bürgerversicherung zu ergreifen, die die Teilkostendeckung beendet und eine Pflegevollversicherung einführt. Es müssen genügend finanzielle Mittel für die Pflege vorhanden sein.
4. Die Ausstattung der Ausbildungseinrichtungen zu verbessern, ihnen die nötigen Mittel zukommen zu lassen, um eine qualifizierte und attraktive Ausbildung durchzuführen und in der Umsetzung der Ausbildungsreform gegenüber den (Kinder-)Krankenpflegeschulen zu bestehen. Weiterhin sind umfangreiche Maßnahmen zur Gewinnung von mehr Auszubildenden erforderlich.

Wiesbaden, 14. November 2017

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler